



Inhalt

Einkommensrunde von Bund und Kommunen

[Silberbach beim dbb Branchentag: „Wir werden Druck aufbauen“](#)

Fachkräftemangel

[Handlungsfähigkeit des Staates: Kommunen im Fokus](#)

Gewerkschaftstag VDStr.

[Straßenverkehr: Infrastruktur nicht auf Verschleiß fahren](#)

Rechtspflegertag

[„Pakt für den Rechtsstaat“: Neuauflage zur Digitalisierung notwendig](#)

Weltkindertag

[Gute frühkindliche Bildung braucht hohe](#)

[Ausbildungsstandards](#)

Tarifpflege

[Autobahn GmbH: Klare Verbesserungen vereinbart](#)

dbb frauen

[Aufruf für Paritätskampagne: Mitmachen für #ParitätJetzt](#)

dbb jugend

[Bundesjugendausschuss: Gewerkschaftstag und Einkommensrunde im Blick](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bundesländer

[Entlastungspaket: Weitere Länder planen Übernahme in der Versorgung](#)

Saarland

[Besoldung: Spitzengespräch mit der Landesregierung](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Vorratsdatenspeicherung gekippt – Ermittlungsarbeit wird erschwert](#)

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

[Lehrkräfte: Beförderungen umsetzen, Belastungen senken](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Umfrage zur Sicherheit von Schulwegen: Maßnahmen gefordert](#)

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[„Bürgergeld“: Positive Aspekte, aber auch Umsetzungsrisiken](#)

Vereinigung Cockpit (VC)

[Sozialdumping durch illegales Wet-Leasing – Kontrollen gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde von Bund und Kommunen **Silberbach beim dbb Branchentag: „Wir werden Druck aufbauen“**

Im Januar 2023 beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Der dbb Bundesvorsitzende fordert ein „dickes Plus“.

Beim gemeinsamen dbb Branchentag der Fachgewerkschaften komba, VBOB – Gewerkschaft Bundesbeschäftigte und Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) am 21. September 2022 sagte dbb Chef Ulrich Silberbach: „Wir merken durchaus, dass die Stimmung in der Belegschaft langsam kippt und die Menschen nahe an der Belastungsgrenze sind. Sie sind sauer, erschöpft und können teilweise nicht mehr. Deswegen haben sie auch verdient, dass sie im nächsten Jahr mit einem dicken Plus aus der Einkommensrunde rausgehen. Es ist aber wichtig, nun alle diese Emotionen auf die Straße bringen, damit die Arbeitgebenden das auch merken.“

Silberbach machte deutlich, was die anstehende Einkommensrunde besonders macht: „Wir werden ab Januar Tarifverhandlungen in einer Zeit führen, die nochmal schwieriger und komplexer ist als in den zurückliegenden

Corona-Jahren. Aber es ist gut und richtig, dass wir jetzt in tarifautonome Verhandlungen gehen. Allerdings können die Gewerkschaften die Sorgen und Nöte der Beschäftigten nicht im Alleingang abarbeiten. Wir erwarten, dass die Bundesregierung jetzt passgenau erläutert, wie sie die Mitte der Gesellschaft bei der drängenden Strom- und Gaspreisfrage konkret unterstützt. Bund und Kommunen sollten noch vor Beginn der Einkommensrunde beweisen, dass sie gute Arbeitgebende sein wollen und ihre Beschäftigten jetzt nicht im Regen stehen lassen. Nötigenfalls werden wir hier Druck aufbauen.“

Ein Video des Branchentages gibt es auf www.dbb.de. Bis zum Forderungsbeschluss seiner Bundestarifkommission am 11. Oktober 2022 in Berlin wird der dbb noch zahlreiche Branchentage durchführen.

Fachkräftemangel

Handlungsfähigkeit des Staates: Kommunen im Fokus

80 Prozent der öffentlichen Dienstleistungen werden von Kommunen erbracht. Deshalb wiegt Personalmangel dort besonders schwer, mahnt der dbb.

„Ob klassische Verwaltung, IT-Abteilungen, Kindergärten, Stadtreinigung oder Bauämter: In nahezu allen Bereichen suchen die etwa 11.400 Kommunen in Deutschland schon heute händeringend nach Personal. Außerdem sind von den knapp 1,6 Millionen Beschäftigten dort etwa 30 Prozent bereits 55 Jahre oder älter, fast 57 Prozent schon 45 Jahre oder älter. In den kommenden zehn bis 20 Jahren werden also hunderttausende Kolleginnen und Kollegen alleine altersbedingt ausscheiden – wenn sie nicht schon lange vorher durch die Privatwirtschaft abgeworben werden, wie wir es beispielsweise im technischen Dienst immer wieder erleben“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Jahrestagung des „Netzwerk Junge Bürgermeister*innen“ am 20. September 2022 in Berlin.

Die dramatische Personalsituation im gesamten öffentlichen Dienst habe auch Konsequenzen für das Vertrauen der Bevölkerung in den

Staat. „Unsere jüngste Bürgerbefragung hat ergeben, dass nur noch 29 Prozent der Menschen der Meinung sind, dass der Staat handlungsfähig ist und seine Aufgaben erfüllen kann“, erklärte Silberbach. „Es geht am Ende also um nicht weniger als den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Bereits heute ist das in vielen Kommunen spürbar, wo rund 80 Prozent der Dienstleistungen der öffentlichen Hand angeboten werden. Man denke nur an die abscheulichen Angriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in vergangenen Jahren, aber eben auch auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wir dürfen das nicht hinnehmen. Natürlich müssen Staatsdiener in erster Linie besser geschützt werden. Aber wir können den Aggressionen auch wenigstens teilweise den Boden entziehen, wenn wir den Rückzug des Staates aus der Fläche stoppen.“

Um eine echte Trendwende einzuleiten, bräuchten die Kommunen natürlich mehr finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, so der dbb Chef. „Da haben Sie uns auf Ihrer Seite. Aber wir erwarten auch von den Kommunen mehr Engagement. Anfang des kommenden Jahres verhandeln wir mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über einen neuen Tarifvertrag. Sie dürfen den Verantwortlichen dort

vorher gerne mitteilen, dass Sie unsere Forderungen nach einer besseren Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen unterstützen. Denn höhere Gehälter braucht der öffentliche Dienst mindestens ebenso dringend wie etwa eine Qualifizierungsoffensive, eine konsequente Digitalisierung und konsistente Personalgewinnungsstrategien“, machte Silberbach deutlich.

Gewerkschaftstag VDStr.

Straßenverkehr: Infrastruktur nicht auf Verschleiß fahren

Der dbb drängt weiter auf Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur. Eine „Privatisierung durch die Hintertür“ soll es dabei aber nicht geben.

„Wir dürfen unsere öffentliche Infrastruktur nicht auf Verschleiß fahren. Je länger Erhalt und Sanierung auf die lange Bank geschoben werden, desto aufwendiger, langwieriger und natürlich teurer wird es am Ende. Wir brauchen daher jetzt einen Zukunftsfonds, um den enormen Investitionsstau abzubauen und ihn nicht einfach der nächsten Generation zu überlassen. Dafür sollte der Bund ein Sondervermögen bilden, das nicht in die Schuldenbremse eingerechnet wird“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 19. September 2022 beim Gewerkschaftstag der VDStr. (Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten).

Der Investitionsbedarf zeige sich auch im Straßenverkehr: Jede zehnte Brücke in Deutschland sei sanierungsbedürftig, alleine bei den Kommunen bestehe ein Investitionsstau von 34 Milliarden nur für Straßen und Brücken. Zugleich habe der allgegenwärtige Personalmangel auch den Straßenbetriebsdienst erheblich geschwächt. „Weil nur noch schwer Nachwuchs zu finden ist, sind die Kolleginnen und Kollegen permanent überlastet, die Unfallgefahr steigt“, erklärte Silberbach. „Dabei sind die Beschäftigten ohnehin einem deutlich erhöhten Risiko für Leben und Gesundheit ausgesetzt. Unfälle mit Todesfolge sind bei der Arbeit auf Straßen und Autobahnen leider nicht selten.“

Mit Blick auf die notwendigen Investitionen erteilte der dbb Chef den sogenannten ÖPP-Modellen (Öffentlich-Privaten Partnerschaften) eine klare Absage. „Dabei gibt der Staat nicht

nur zu viel Verantwortung aus der Hand, sondern zahlt am Ende auch noch drauf, wie die unterschiedlichen Rechnungshöfe immer wieder zu Recht kritisiert haben“, so Silberbach. „Die englische Abkürzung für die Projekte, PPP – Public-Private-Partnership –, könnte auch für Pleiten, Pech und Pannen stehen. Statt sich immer wieder auf solche finanzpolitischen Abenteuer einzulassen, muss die Politik endlich mutig staatliche Investitionen vorantreiben.“

dbb Chef Silberbach gratulierte dem VDStr. Bundesvorsitzenden Hermann-Josef Siebigtheroth, der vom Gewerkschaftstag für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt wurde. „Dir gebührt unser Dank für Deinen Einsatz und Dein unermüdliches Engagement. Die VDStr. ist vor allem eine erfolgreiche und schlagkräftige Fachgewerkschaft, weil sich in ihr so viele Praktikerrinnen und Praktiker engagieren. Sie kennen aus eigenem Erleben die Probleme vor Ort in den Meistereien, Baubetriebshöfen und Ämtern – und nutzen das jederzeit im Sinne der Mitglieder.“

VDStr. Chef Siebigtheroth mahnte in seiner Rede, dass die Politik, gerade was die Verkehrswende angehe, nicht blindlings nur auf ein Pferd setzen dürfe: „Verkehrswende bedeutet, alle Verkehrswege und Verkehrsträger sinnvoll und umweltgerecht auszulasten. Blinden Aktionismus kann und darf der Staat sich hier nicht leisten. Güterfernverkehr über Transportwege von mehr als 300 – 400 Kilometer gehört auf die Bahn und Binnenschifffahrt.“

Rechtspflegertag

„Pakt für den Rechtsstaat“: Neuauflage zur Digitalisierung notwendig

Bund und Länder haben mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ mehr Stellen in der Justiz geschaffen. Der dbb fordert eine Fortsetzung, nun mit der Digitalisierung als Schwerpunkt.

Die vorherige Bundesregierung hatte sich 2019 mit den Ländern neben weiteren Maßnahmen auf 2.000 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verständigt, außerdem sollte zur Unterstützung entsprechend Büropersonal eingestellt werden. „Die Umsetzung ist praktisch vollständig abgeschlossen, das ist gut und richtig. Dabei darf es angesichts der enormen Herausforderungen aber nicht bleiben. Mit einem neuen Pakt müssen Bund und Länder jetzt die Digitalisierung der Justiz voranbringen. Wenn die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und die elektronische Akte gelingen soll, dann muss weiter investiert werden“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 15. September 2022 beim Rechtspflegertag des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) in Berlin.

Die Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit in verschiedenen Ländern, sogar in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, habe zuletzt eindringlich gezeigt, dass eine unabhängige Justiz nicht selbstverständlich sei und

ihre Grundprinzipien gefestigt werden müssten. Silberbach: „Wir beobachten ein sinkendes gesellschaftliches Bewusstsein für den Wert des Rechtsstaates. Unsere jährliche Bürgerbefragung hat vor wenigen Tagen ergeben, dass sogar der Staat insgesamt an Ansehen verliert: Wenn rund Zweidrittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ihn als handlungsunfähig einstufen, dann ist das mehr als alarmierend. Ich fürchte, dass diese Entwicklung zu einer Aushöhlung der demokratischen Haltung in der Gesellschaft führen kann.“

Der dbb Chef gratulierte dem BDR Bundesvorsitzenden Mario Blödtner zu seiner Wiederwahl: „Engagiert und meinungsstark bist Du eine wichtige gewerkschaftspolitische Stimme, wenn es um die Belange der Kolleginnen und Kollegen geht.“

Der Rechtspflegertag ist das höchste Gremium des BDR. Der 35. Deutsche Rechtspflegertag fand vom 14. bis 16. September 2022 in Berlin statt und stand unter dem Motto "Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Europa".

Weltkindertag

Gute frühkindliche Bildung braucht hohe Ausbildungsstandards

Der dbb fordert, die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu sichern und auszubauen – nicht nur durch mehr, sondern durch mehr gut ausgebildetes Personal.

Alleine in Kindertageseinrichtungen werden derzeit zwischen 100.000 und 120.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt. In acht Jahren sollen es nach aktuellen Schätzungen bereits bis zu 260.000 sein. „Die von der Bundesregierung geplante Gesamtstrategie zur Sicherung des Fachkräftebedarfs für Erziehungsberufe und der bundeseinheitliche Rahmen für die Ausbildung sind deshalb dringend notwendig und grundsätzlich zu begrüßen. Wichtig ist dabei jedoch, keine Abstriche bei den Zugangsvoraussetzungen oder bei der Dauer und den Inhalten der Ausbildung zu machen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 20. September 2022, dem Weltkindertag. Mehr als 3,3 Millionen Kinder unter sieben Jahren gehen in Deutschland täglich in Kitas.

„Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für die spätere Entwicklung der Kinder. Das betrifft natürlich auch die frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung. Sie legen das notwendige Fundament für die Bildungsbiografien. Dafür braucht es vor allem ausreichend und gut ausgebildetes Personal“, erklärte Silberbach. Erzieherinnen und Erzieher würden eine Schlüsselfunktion erfüllen, weil diese Berufsgruppe mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in der frühkindlichen Bildung ausmacht. „Ihre Qualifikation, Kompetenzen und Haltung sind entscheidend. Wir dürfen es nicht zulassen, dass verfehlte Personalpolitik zu strukturellen Qualitätseinbußen führt. Nur mit ausreichend und gut ausgebildetem Personal kann das System der frühkindlichen Bildung dem

Anspruch gerecht werden, echte Chancengerechtigkeit herzustellen. Der soziale und öko-

nomische Hintergrund der Eltern ist heute immer noch maßgeblich für den Bildungserfolg, das muss sich ändern.“

Tarifpflege

Autobahn GmbH: Klare Verbesserungen vereinbart

Um den noch jungen Tarifvertrag bei der Autobahn GmbH nachzujustieren, wurden im Rahmen einer „Evaluierung“ spürbare Verbesserungen vereinbart, die bereits jetzt – schon vor dem Ende der Laufzeit – greifen.

Volker Geyer, dbb Vize und Fachvorstand Tarifpolitik, machte am 21. September 2022 deutlich: „Der Verkehr auf den Autobahnen läuft, weil die Kolleginnen und Kollegen ihren Job hervorragend machen. Innerhalb der Autobahn GmbH gibt es noch einige Stolpersteine. Die auszuräumen, muss unser gemeinsames Ziel sein. Mit dieser Einigung sind wir diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen.“

Für den Bundesvorsitzenden der VDStr.-Fachgewerkschaft. Hermann Josef Siebigher ist es wichtig, dass der noch junge Tarifvertrag fortlaufend überprüft und bei begründetem Nachbesserungsbedarf auch weiter angepasst wird. Auch der Autobahn GmbH müsse klar sein, dass ihr wertvollstes und wesentlichstes Kapital die Kolleginnen und Kollegen seien, denen entsprechend Anerkennung und Wertschätzung entgegengebracht werden müsse.

Die Verbesserungen betreffen im Wesentlichen:

Entgeltgruppe 7 für Fahrer/-innen von Großgeräteträgern: Zukünftig werden Fahrer/-innen von Großgeräteträgern in die Entgeltgruppe 7 eingruppiert! In Teil II Abschnitt I des Eingruppierungstarifvertrages wird dazu ein neues Funktionsmerkmal in der EG 7 unter Ziffer 2 aufgenommen. Die darauf basierende Höhergruppierung wird stufengleich und unter Mitnahme der zurückgelegten Stufenlaufzeit vollzogen. Dies bedeutet auch, dass Beschäftigte, die als Vertreter der entsprechenden Fahrer/-innen tätig werden, unter den Voraussetzungen des § 14 MTV Autobahn eine Zulage für die Dauer der Vertretung erhalten, wenn diese mindestens zehn Tage ausgeübt worden ist.

Erhöhung von Zulagen und Zuschlägen: Die im Manteltarifvertrag Autobahn, im TV EGV und KraftfahrerTV in Beträgen festgelegten Zulagen und Zuschläge werden zum 1. November

2022 um 1,8 Prozentpunkte erhöht. Die Vorarbeiterzulage gemäß § 9 TV EGV erhöht sich zum 1. November 2022 um den in den Entgeltgruppen 4 bzw. 8 Stufe 1 festgelegten Vomhundertsatz.

Kürzere Regelarbeitszeit im Außendienst der Tunnelleitzentralen: Beschäftigte im Außendienst der Tunnelleitzentralen werden zukünftig § 6 Abs. 1 b) zugeordnet, so dass eine Regelarbeitszeit von 38,5 Wochenstunden anstelle von 39 Wochenstunden besteht.

Anerkennung der einschlägigen Berufserfahrung bei Neueinstellungen: Bei Neueinstellungen wird zukünftig die gesamte einschlägige Berufserfahrung auf die Stufenlaufzeit angerechnet, § 16 Satz 2 MTV Autobahn wird entsprechend geändert.

Auszubildende und dual Studierende mit praktischen Ausbildungstätigkeiten im Gefahrenraum Autobahn sollen in die Gruppenunfallversicherung einbezogen werden. Hier ist die konkrete Ausgestaltung allerdings noch offen.

Ein zusätzlicher Tag bezahlter Freizeitausgleich pro Jahr für Beschäftigte, die regelmäßig ehrenamtlich tätig sind: Beschäftigten, die seit mindestens einem Jahr im Durchschnitt drei Stunden wöchentlich ehrenamtliche Arbeit in Vereinen und anderen dem Allgemeinwohl dienenden Einrichtungen leisten und keine, über die Erstattung von Auslagen und Unkosten hinausgehende Aufwandsentschädigung bis zur jeweils einschlägigen Einkommenssteuerfreibetragshöhe erhalten, wird ein zusätzlicher Tag bezahlter Freizeitausgleich gewährt.

Freistellung und Kostenübernahme für die Qualifikation zum IHK Prüfer: Beschäftigte, die sich als IHK Prüfer für die Prüfungsabnahme von Auszubildenden qualifizieren lassen, werden für die Dauer der jeweiligen Qualifizie-

rungsmaßnahmen bezahlt freigestellt, die Kosten für die Qualifizierungen werden vom Arbeitgeber getragen.

Nicht genommener Urlaub kann zukünftig bis Ende September des Folgejahres angetreten werden: Kann der Jahresurlaub im laufenden Urlaubsjahr nicht vollständig genommen werden, so ist dieser zu übertragen. Bisher musste der Urlaub bis spätestens Ende Mai des Folgejahres genommen werden. Diese Frist wird nun bis Ende September des Folgejahres ausgedehnt, damit den Beschäftigten mehr Spielraum zusteht.

Musterverfahren bei streitiger Eingruppierung: Soweit vergleichbare Sachverhalte vorliegen, sollen Musterverfahren vereinbart werden, um unnötige Kosten und Aufwand auch für die betroffenen Beschäftigten zu vermeiden. Die Arbeitgeber werden sich insoweit nicht auf Ausschlussfristen oder die Verjährung berufen.

Übernahme der Regelung zu Familienheimfahrten aus dem TVAöD. Der TV Nachwuchskräfte der Autobahn wird um eine entsprechende Regelung ergänzt.

dbb frauen

Aufruf für Paritätskampagne: Mitmachen für #ParitätJetzt

Die dbb frauen haben sich der bundesweiten Kampagne #ParitätJetzt angeschlossen und rufen zum Mitmachen auf.

„Die anstehende Wahlrechtsreform ist die Chance, den Grundstein für eine paritätische Besetzung des Parlaments zu legen. Diese müssen wir als Gesellschaft wahrnehmen. Gleichstellung – und dazu gehört auch die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischen Entscheidungen – ist im Grundgesetz verankert. Deshalb ist jede und jeder gefragt, für Parität mitzumachen – und zwar jetzt!“, erklärte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb frauen, mit Blick auf den Kampagnenstart am 22. September 2022.

#ParitätJetzt – initiiert von Prof. Dr. Rita Süsmuth – setzt sich für eine paritätische Besetzung der Parlamente und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ein. Konkret soll die anstehende Wahlrechtsreform genutzt werden, um eine gleichberechtigte Repräsen-

tanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten der Parteien und im Deutschen Bundestag zu erreichen.

Sie möchten die Kampagne unterstützen? Dann nehmen Sie Kontakt mit Ihrem Wahlkreisabgeordneten oder Ihrer Wahlkreisabgeordneten im Bundestag auf. Schicken Sie am 22. September 2022 um 5vor12 über den Mail-Generator auf www.paritaetjetzt.de ein vorformuliertes Schreiben – gerne auch mit Ihren Worten ergänzt. Geben Sie diese Informationen an Ihr Netzwerk weiter oder teilen Sie diese Initiative in Ihren Social Media-Kanälen.

Darüber hinaus sind auch Verbände und Organisationen aufgerufen, sich der Initiative anzuschließen. Senden Sie dazu Ihr Logo an margareta.schlotten@parite.eu und werden Sie Teil der Bewegung für mehr Parität in der Politik.

dbb jugend

Bundesjugendausschuss: Gewerkschaftstag und Einkommensrunde im Blick

Am 17. September 2022 fand der erste Bundesjugendausschuss nach dem Bundesjugendtag im Mai statt. Dabei ging es vor allem um den dbb Gewerkschaftstag und die Einkommensrunde.

In Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag im November 2022 haben die Mitglieder des Bundesjugendausschusses, höchstes Beschlussgremium der dbb jugend nach dem Bundesjugendtag, 75 Anträge beschlossen. Ein Großteil

geht auf Anträge zurück, die bereits vom Bundesjugendtag beschlossen worden waren. Hinzu gekommen sind ein Antrag zur digitalen Verbandsarbeit und ein gemeinsamer Antrag mit der dbb bundesfrauenvertretung.



„Ich freue mich, dass wir durch die exzellente Arbeit der Landesverbände, Fachgewerkschaften und der Jugendpolitischen Kommission so ein breites Feld an Themen bearbeiten können. Ich bin mir sicher, dass wir mit unseren Anträgen auf dem dbb Gewerkschaftstag wichtige Impulse setzen können und so die Arbeit des dbb für die nächsten fünf Jahre mitprägen werden“, sagte die Erste Stellvertretende Vorsitzende Sandra Heisig.

Zu Gast waren im Bundesjugendausschuss die Kandidatinnen und Kandidaten für die neue dbb Bundesleitung, die sich den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern vorstellten. Dbbj Chef Matthäus Fandrejewski: „Die Zusammenarbeit mit dem dbb soll auch in Zukunft eng und vertrauensvoll sein. Wir

freuen uns, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten für ein Gespräch bereit waren. Ich denke, die Delegierten des Bundesjugendausschusses konnten sich ein gutes Bild von ihnen machen.“

Auch die Vorbereitung der Einkommensrunde von Bund und Kommunen 2023 stand auf der Tagesordnung – die Forderungen der dbb jugend wurden ausführlich diskutiert. Fandrejewski betonte, dass die Einkommensrunde nicht einfach werde, die dbb jugend jedoch mit ihren Forderungen sicherstellen werde, dass Jugendinteressen nicht unter den Tisch fallen. Dabei geht es aus Sicht der dbb jugend vor allem um Maßnahmen, die dem fortschreitenden Fachkräftemangel Einhalt gebieten sollen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bundesländer

Entlastungspaket: Weitere Länder planen Übernahme in der Versorgung

Der Bund will seinen Versorgungsempfängerinnen und -empfängern die Energiepreispauschale von 300 Euro zahlen, die im jüngsten Entlastungspaket für Rentnerinnen und Rentner vorgesehen sind. Die Länder sollen dem Beispiel folgend.

Das fordert nicht nur dbb Chef Ulrich Silberbach, sondern auch die Vorsitzenden der dbb Landesbünde (vgl. dbb aktuell 30/2022). Nun haben vier weitere Landesregierungen ihre Bereitschaft zur Umsetzung erklärt.

Der BBW begrüßte, dass nun auch die mehr als 142.000 pensionierten Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten sollen. Damit seien die Spitzen von Grünen und CDU der berechtigten Forderung des BBW gefolgt, erklärte BBW-Chef Kai Rosenberger am 22. September in Stuttgart.

In Mecklenburg-Vorpommern hat das Kabinett die Umsetzung ebenfalls beschlossen. „Der dbb m-v begrüßt das ausdrücklich, wird damit doch unserer Forderung Rechnung getragen, die Einmalzahlung in das aktuell laufende Gesetzgebungsverfahren zur Besoldungsanpassung zum 1. Dezember einzubetten“, so dbb

Landesvorsitzender Dietmar Knecht. Von der Zahlung profitieren in Mecklenburg-Vorpommern etwa 7.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Auch der dbb schleswig-holstein begrüßt die Entscheidung der dortigen Landesregierung, die Energiepreispauschale auch den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern auszuzahlen. Details müssten allerdings noch geklärt werden.

In Sachsen-Anhalt hat Finanzminister Michael Richter auf eine entsprechende Nachfrage von Ulrich Stock, Erster stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, im Finanzausschuss des Landtages erklärt, dass ein entsprechender Änderungsantrag zum Entwurf eines Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2022 bereits erarbeitet werde, um eine zeitnahe Zahlung möglich zu machen.

Saarland

Besoldung: Spitzengespräch mit der Landesregierung

Die Landesregierung hat im Spitzengespräch mit dem dbb saar ihren Gesetzentwurf für eine verfassungskonforme Alimentation vorgelegt.

So sollen die Grundgehälter der untersten Besoldungsgruppen in der ersten und zweiten Erfahrungsstufe sowie die Familienzuschlagserhöhungsbeträge erhöht werden. Zudem soll der Familienzuschlag ab dem dritten Kind deutlich angehoben werden. Die Erhöhungsregelungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Konkret geht es um eine Erhöhung der Grundgehälter in den ersten beiden Erfahrungsstufen der Besoldungstabelle und zwar in der ersten Erfahrungsstufe um 2,5 Prozent (A4 – A7) und in der zweiten Erfahrungsstufe um 1,25 Prozent (A4 – A10). Ferner ist eine Erhöhung des Familienzuschlags für das dritte und die weiteren Kinder ab dem 1. Januar 2022 auf jeweils 688 Euro vorgesehen sowie die Erhöhung der Familienzuschlagserhöhungsbeträge sowie Einbeziehung der Besoldungsgruppe A 6 in die Zuschlagsregelung: für das erste Kind (Stufe 2) in den Besoldungsgruppen A 4, A 5 und A 6: 15,33 Euro, für die weiteren Kinder (ab Stufe 3) in Besoldungsgruppe A 4 jeweils 61,35 Euro, in Besoldungsgruppe A 5 jeweils 40,90 Euro, in Besoldungsgruppe A 6 jeweils 20,45 Euro. Die Familienzuschlagserhöhungsbeträge sollen künftig an linearen Besoldungsanpassungen teilnehmen.

dbb Landeschef Ewald Linn sagte: „Die schnelle Umsetzung der beiden Beschlüsse des BVerfG vom 4. Mai 2020 zur Grundsicherung und amtsangemessenen Alimentation für Beamtinnen und Beamte mit drei und mehr Kindern rückwirkend zum 1.1.2022 ist der richtige Weg und unterbindet weitere rechtliche Konflikte. Ob der von der Landesregierung gewählte Weg tatsächlich ausreichend ist, um den komplexen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu genügen, ist zu prüfen. Auf den ersten Blick scheint jedoch fraglich, ob angesichts der doch sehr hohen Inflation und der explodierenden Heizkosten die Grundsicherung angehoben werden muss, und ob dann noch der von der Landesregierung berechnete Abstand zum Grundsicherungsniveau ausreichend ist beziehungsweise die angenommenen Zahlen zutreffen.“

Der dbb saar und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich am 11. Oktober 2022 in der Landeshauptvorstandssitzung mit dem Gesetzentwurf beschäftigen und dann eine abschließende Stellungnahme gegenüber der Landesregierung abgeben.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Vorratsdatenspeicherung gekippt – Ermittlungsarbeit wird erschwert

Die DPoIG bedauert das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), nach dem die derzeitige Regelung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland mit EU-Recht nicht vereinbar sei.

Der DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagt am 20. September 2022: „Die Datenschutzrepublik Deutschland hat einen Sieg davongetragen. Die Verfolgung schlimmster Verbrecher und der Schutz unzähliger Opfer bleiben auf der Strecke. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit wird mit diesem Urteil erschwert. Der Kampf gegen Organisierte Kriminalität, Kindesmissbrauch im Internet sowie terroristische Straftaten erleidet wiederholt einen Rückschlag. Es ist erwiesen, dass zahlreiche Straftaten im Netz geplant, verabredet und began-

gen werden. Die Verbindungsdaten im Zusammenhang mit solchen Delikten sind oft der einzige Anhaltspunkt für die Strafverfolgungsbehörden.“

Jetzt werde es darauf ankommen, unter Beachtung dieses Urteils alle Möglichkeiten zu nutzen, um „wenigstens den widerlichsten Verbrechen auf die Spur zu kommen“, so Wendt. „Der immer wieder erhobene Vorwurf, mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger könnten Bewegungs- und Verhaltensprofile erstellt werden, geht vollkommen fehl. Die Daten werden

beim Provider sowieso zu Abrechnungszwecken gespeichert. Nicht zuletzt schützt der Richtervorbehalt vor einem willkürlichen und einfachen Zugriff auf die gespeicherten Daten.“

Währenddessen steigt die Zahl der Verfahren gegen die Organisierte Kriminalität an, in 2021 um 17 Prozent auf 696 Verfahren. Die Anzahl der Tatverdächtigen stieg um fast 15 Prozent auf 7.503. Bei ihnen stellt die Polizei einen steigenden Trend hin zur Bewaffnung fest. Das ist das Ergebnis des „Lagebildes zur Organisierten Kriminalität 2021“. Dazu sagt DPoIG Chef Wendt: „Rauschgifthandel, Wirtschaftskriminalität und Eigentumskriminalität durchdringen mehr und mehr unsere Gesellschaft. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um Organisierte Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Da kriminelle Banden überwiegend verschlüsselt kommunizieren, braucht die Polizei grundsätzlich die Möglichkeit der Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ.“

Es müsse mehr Investitionen in Analysesoftware für die Polizei geben. BKA-Präsident Holger Münch habe Recht mit der Aussage, die Sicherheitsbehörden müssten in der Lage sein, große Datenmengen schnell und sicher auszuwerten, um Schwerpunkte und Zusammenhänge bundesweit und grenzübergreifend agierender Täterbanden schneller zu erkennen und zu bekämpfen. Wendt: „Polizeiarbeit braucht neben ausreichendem Personal und moderner Technik immer auch die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen, um tätig werden zu können. Die politischen Diskussionen über Eingriffsbefugnisse sind häufig ideologisch geprägt und von einem tiefen Misstrauen in die Sicherheitsbehörden bestimmt. Bei den Grünen und Linken habe ich bald jede Hoffnung verloren, aber die FDP muss jetzt endlich begreifen, dass die Polizei unsere Freiheit schützt, es sind die Kriminellen, die die Bürgerrechte gefährden.“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Lehrkräfte: Beförderungen umsetzen, Belastungen senken

Der DPPhV hat an die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder appelliert, endlich die ausstehenden Beförderungen für Lehrkräfte am Gymnasium umzusetzen.

„In Zeiten massiven Lehrkräftemangels brauchen wir dringend bessere Anreize, um bewährte Lehrkräfte im Schulbetrieb zu halten, damit diese angesichts der Belastungen nicht vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden“, erklärt die DPPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Wer mit derselben Besoldungsgruppe in den Lehrerberuf einsteigt, mit der er 35 Jahre später wieder aussteigt, wird demotiviert. Damit wird dieser Beruf auch für den Nachwuchs unattraktiv gemacht. Reguläre Beförderungen als Bewährungsaufstieg werden systematisch ausgesetzt, wenn nach 20 Jahren Schuldienst und vielen zusätzlichen Aufgaben für die Schule und die Schülerinnen und Schüler immer noch keine Beförderung erfolgt.“

Der DPPhV setzt sich – nachdem die Politik jahrzehntelang zu wenig getan hat – für bes-

sere und konsequentere Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte ein. Lin-Klitzing: „Wer im Team der Schulleitung am Gymnasium mitarbeitet und besondere Aufgaben übernimmt, muss auch eine A15-Stelle bekommen. Wer ein Gymnasium leitet, muss auch eine A16-Besoldung bekommen. Diese Regeln müssen endlich wieder eingehalten werden.“

Doch dies reicht nicht aus, um den Arbeitsplatz Schule wieder attraktiver für Lehrkräfte zu gestalten. „Das Stundendeputat muss gesenkt werden, Entlastungen gewährt, außerunterrichtliche Aufgaben reduziert und nicht-pädagogisches Personal für den professionellen IT-Support eingestellt werden“, so Lin-Klitzing. „Lehrkräfte müssen wieder Zeit für die Schülerinnen und Schüler und für ihren Fachunterricht haben und von bürokratischen Aufgaben entlastet werden.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Umfrage zur Sicherheit von Schulwegen: Maßnahmen gefordert

Fast ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen erlebt mindestens wöchentlich eine gefährliche Situation vor der eigenen Schule, die durch Eltern, die ihr Kind mit dem Auto zur Schule bringen, entsteht.

Das geht aus einer repräsentativen forsa-Umfrage hervor, die vom Verband Bildung und Erziehung (VBE), dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem ökologischen Verkehrsclub VCD in Auftrag gegeben wurde. Befragt wurden 508 Grundschullehrkräfte sowie 500 Eltern 6- bis 10-jähriger Kinder. Ein deutliches Signal: Eltern und Lehrkräfte stimmen darin überein, dass es hilfreiche Maßnahmen gibt, um Schulwege sicherer zu gestalten, und sie sind sich weitestgehend einig, welche dies sind. Fakt ist aber auch: In puncto Umsetzung erkennen beide Gruppen deutlichen Nachbesserungsbedarf.

Um den Verkehr vor Schulen besser zu regeln und sicherer zu gestalten, halten sehr große Mehrheiten der befragten Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern (91 beziehungsweise 93 Prozent) ausreichend breite, nicht zugesparkte Fußwege für hilfreich. Jeweils etwa neun von zehn Befragten bewerten sichere Überwege wie Zebrastreifen, Ampeln oder Mittelinseln, sowie für Hilfsangebote wie Schülerlotsen oder eine regelmäßige Unterstützung der Polizei als nützlich. Ebenfalls von mehr als acht von zehn Befragten beider Gruppen als hilfreich bewertet: Die Ermutigung von Kindern, den Schulweg eigenständig zu bestreiten.

Danach gefragt, welche Vorkehrungen beziehungsweise Aktivitäten bereits an ihrer Schule oder im schulischen Umfeld vorhanden sind, nennt eine große Mehrheit der Lehrkräfte die inhaltliche Arbeit in der Schule zum Thema Verkehr und Mobilität, also Mobilitätsbildung beziehungsweise Verkehrserziehung (81 Prozent) sowie die Ermutigung von Kindern, den Schulweg eigenständig zu bestreiten (76 Prozent).

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, sagte: „Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass bedarfsgerechte verkehrspolitische Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden. Eltern müssen erfahren: Der Schulweg meiner Kinder ist sicherer und einfacher geworden! Zudem braucht es mehr Zeit, Zeit und nochmals Zeit für eine gelingende Erziehungspartnerschaft. Das heißt: Endlich ausreichend Personal an Schule. Damit die Gestaltungsfreiräume entstehen, in denen Lehrkräfte angemessen auf die Ängste und Bedürfnisse von Eltern und Kindern eingehen, hilfreiche Angebote erläutern und Chancen auf dem Weg zu einer eigenständigen Mobilität von Kindern erläutern können. Wenn beides gelingt, werden sich mehr Eltern dazu entscheiden, ihr Kind nicht mit dem Auto zu bringen. Nur so können Gefahrensituationen für Kinder vor Schule reduziert werden.“

Die gesamten Umfrageergebnisse stehen gibt es auf www.vbe.de.

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

„Bürgergeld“: Positive Aspekte, aber auch Umsetzungsrisiken

Die vbba begrüßt den vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf zum „Bürgergeld“ grundsätzlich, hält aber den bisherigen Zeitplan für ungeeignet.

Das Bürgergeld beinhaltet diverse Verbesserungen und Schritte in die richtige Richtung, teilte die vbba am 15. September 2022 mit: „Die geplante Weiterbildungsprämie ist zu begrüßen, weil sie Qualifizierungsbereitschaft und Durchhaltevermögen belohnt. Das Aussetzen der Prüfung der Angemessenheit der Wohnung für zwei Jahre nimmt Druck von den betroffenen Menschen und berücksichtigt die kritische Wohnungssituation in Deutschland.

Der deutliche Anstieg der Regelsätze entspricht der hohen Inflationsrate.“

Sehr kritisch sehe man aber den sehr nahen Zeitpunkt der Einführung zum 1. Januar 2023. Die Beschäftigten müssten qualifiziert und Prozesse angepasst, erprobt und umgesetzt werden. Der vbba Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski sagte: „Die Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge aus der Ukraine durch die

Jobcenter ist notwendig und richtig. Diese enorme zusätzliche Aufgabe wurde in kürzester Zeit so gut es geht gestemmt. Jedoch arbeiten die Beschäftigten am absoluten Limit. Die so kurzfristig geplante Einführung des Bürgergeldes birgt erhebliche Belastungs- und Umsetzungsrisiken in der Praxis. Wir schlagen deshalb vor, die Anpassung der Regelsätze zum 1. Januar vorzunehmen, jedoch die weiteren Komponenten mindestens 6 Monate später umzusetzen.“

Dombrowski stellt zudem fest: „Festzuhalten bleibt, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern den auf die Leistung der Grundsicherung angewiesenen Menschen immer schon mit Wertschätzung und auf Augenhöhe begegnet sind. Wir kennen ja die verbalen Vertriebsstrategien der Politik, aber sie dürfen nicht auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen gehen, die die anspruchsvolle und herausfordernde Arbeit in den Jobcentern leisten.“

Vereinigung Cockpit (VC)

Sozialdumping durch illegales Wet-Leasing – Kontrollen gefordert

Die VC kritisiert die immer extensivere Nutzung von Wet-Leasing, also das Anmieten von Flugzeugen inklusive Crews, im deutschen und europäischen Luftverkehrsmarkt.

In der Vergangenheit sei diese Möglichkeit zwischen Luftverkehrsunternehmen genutzt worden, um temporäre Überkapazitäten und zeitweisen Mehrbedarf auszugleichen. In der Regel werde die Nutzung von zusätzlichem Personal und Flugzeugen mittels Tarifverträgen zwischen Airlines und Gewerkschaften begleitet, um Sozialdumping oder das Ausnutzen der Möglichkeiten zum Wet-Leasing nach der entsprechenden EU-Verordnung zu verhindern.

Der Berufsverband der Pilotinnen und Piloten beobachtet jedoch seit geraumer Zeit die zunehmende Ausweitung von Wet-Leasing als dauerhaftes Mittel zur Kostensenkung und dem damit verbundenen Sozialdumping. Neuerdings operierten immer mehr auf dieses Geschäftsmodell spezialisierte Unternehmen mit teils undurchsichtigen Beschäftigungspraktiken auf dem Markt. VC Präsident Stefan Herth erklärt am 19. September 2022: „Das derzeit immer stärkere Aufkommen von Wet-Leasing ist nichts anderes als die nächste Form von Sozialdumping. Teils etablierte Airlines nutzen Subunternehmen, entziehen sich ihrer Verantwortung für umfassendes Personalmanagement und unterstützen damit sogar Konkurrenz zu

Lasten unserer Volkswirtschaft – statt sich mit den Gewerkschaften auf zukunftsfähige individuelle Lösungen für saisonale Schwankungsabdeckungen zu verständigen. Dass einige der Wet-Lease-Anbieter Pilotinnen und Piloten in die Scheinselbstständigkeit drängen oder über ‚Agenturen‘ zweifelhafte Arbeitnehmerüberlassung praktizieren, wird sogar von etablierten Unternehmen billigend in Kauf genommen. Damit muss Schluss sein. Wir werden von nun an alles daransetzen, diese dubiosen Formen des Wet-Leasings trockenenzulegen.“

Die Vereinigung Cockpit habe im vergangenen Jahr umfangreiche Daten über Beschäftigungsmodelle und Flugbewegungen gesammelt sowie ausgewertet und sei nun in der Lage, diese an die zuständigen Behörden zu übergeben. „Wie schon bei dem Kampf gegen die insbesondere über Irland praktizierte direkte Scheinselbstständigkeit im Luftverkehr sind nun die Behörden gefragt, mit breiten Kontrollen Scheinselbstständigkeit und illegale Arbeitnehmerüberlassung bei Subunternehmen und Wet-Leasing Anbietern zu kontrollieren und diesen fragwürdigen Machenschaften ein Ende zu setzen“, so Stefan Herth.

Namen und Nachrichten

Die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)** richtet mit dem „Behörden Spiegel“ am 27. September 2022 den zweiten digitalen Zolltag mit den Themenschwerpunkten „Bekämpfung der Finanzkriminalität“ und „Bekämpfung organisierter Formen der Schwarzarbeit“ aus. Der BDZ wird bei der Veranstaltung mit dem stellvertretenden BDZ-Bundesvorsitzende

Thomas Liebel und dem Leiter des Hauptzollamtes Frankfurt am Main Markus Tönsgerlemann (BDZ-Sicherheitsausschuss) vertreten sein. Liebel wird die aktuellen Herausforderungen für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit darstellen, während Tönsgerlemann auf den Zoll im Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung eingehen wird.

Termine:

11. Oktober 2022, Berlin

Forderungsfindung zur Einkommensrunde bei Bund und Kommunen 2023

Weitere Informationen folgen.

27. - 30. November 2022, Berlin

dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.
